

Noch mehr Fragen – noch mehr Antworten eine Replik auf die Werbebroschüre von Eckert & Ziegler

Ein Interview mit den Mitgliedern der BISS e.V.

Warum fürchten Sie, dass Eckert & Ziegler seinen Braunschweiger Standort zur Atommülldrehscheibe ausweitet?

Nicht-wärmeentwickelnder **radioaktiver Abfall wird außer in Braunschweig bundesweit nur an 5 weiteren Standorten konditioniert**. Dies ist einem offiziellen Bericht der Bundesregierung von 2012 zu entnehmen. Da der Standort in Duisburg in wenigen Jahren geschlossen wird (dort steht, wie in Braunschweig, die Konditionierungsanlage in der Nähe zu Wohnhäusern - etwas weiter entfernt als in Braunschweig), sind es zukünftig neben Braunschweig sogar nur 4 weitere Standorte.

Laut Auskunft der Landesregierung **liefern mehrere tausend Abnehmer radioaktiven Müll zum Braunschweiger Standort** von Eckert & Ziegler.

Die niedersächsische Landesregierung hat 2012 klargestellt, dass derzeit **jährlich** schon weit **über 6.000 Gebinde/Fässer radioaktiver Abfälle** zur Konditionierung am Braunschweiger Standort angenommen werden. Von 2001 bis 2011 waren es 106.629 Gebinde/Fässer mit einem Volumen von 7.640 m³.

Herr Eckert hat 2011 im Tagesspiegel zu dem zu erwartenden Atommüll aus dem AKW-Rückbau gesagt: „Wenn nur ein Fünftel dieses Volumens bei uns landete, entspräche das einer Verdoppelung des gesamten Konzernumsatzes.“

Die neue Halle würde es ermöglichen, dass wesentlich mehr Atommüll als bislang schon in Braunschweig konditioniert/verpackt wird.

Die bestehende Umgangsgenehmigung am Standort Braunschweig soll nicht erhöht werden. Was spricht dann gegen eine neue Halle?

Die bestehende Umgangsgenehmigung erlaubt eine enorme Erweiterung im Umgang mit radioaktiven Stoffen und somit auch den Umgang mit wesentlich mehr Atommüll als derzeit schon.

Die neue Halle zum "Messen, Verarbeitung und Verpacken von Atommüll" wäre wesentlich größer als die bisherige Halle und würde damit erlauben, dass die Atommüllkonditionierung noch stärker ausgeweitet wird. Außerdem kann natürlich auch in der alten Halle weiterhin ebenfalls konditioniert werden.

Die Arbeit von Eckert & Ziegler muss doch gemacht werden. Warum also nicht in Braunschweig?

Das Problem ist nicht das Geschäftsfeld an sich. Das Problem ist der Standort. Denn dieser ist der denkbar ungeeignetste Standort für den intensiven Umgang mit radioaktiven Stoffen. Dies hat mehrere Gründe:

- In enger Nachbarschaft befinden sich eine Grundschule, ein Gymnasium, eine Kinderkrippe und ein Jugendzentrum. Somit halten sich an Arbeitstagen täglich weit über 1000 Kinder und Jugendliche – und diese sind besonders strahlenempfindlich – in der Nähe der Atomfirma Eckert & Ziegler auf.
- Von der Firma gehen täglich 900.000 m³ **Abluft** aus. Einige Nuklide, z.B. Tritium (-verbindungen), können nicht oder nur zu geringem Teil ausgefiltert werden. Sowohl Tritium wie auch weitere Nuklide dürfen im Gegensatz zu den Tabellenangaben der Strahlenschutzverordnung in wesentlich höheren Konzentrationen ausgestoßen werden.
- Die **Pläne über die Verbreitung** der Nuklide durch Wind und Wetter, wie sie der Abluftgenehmigung zugrunde liegen müssen, lagen dem Gewerbeaufsichtsamt auf Nachfrage der BISS nicht vor.

- Das Fazit des Risikogutachtens im Auftrag der Stadt Braunschweig kommt zu dem Schluss: Der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg stellt ein besonderes Risiko im Hinblick auf einen Flugzeugabsturz auf Gebäude der Gewerbebetriebe am Standort Braunschweig-Thune und Freisetzungen von radioaktiven Stoffen dar.
- Der ESK-Stresstest des Bundes zeigt, dass im Fall eines Flugzeugabsturzes **hohe Strahlenemissionen** zu befürchten sind. Der Stresstest kommt dabei selbst ohne die Betrachtung der radioaktiven Transporte, des Forschungsflughafens, der Medizin- und Strahlenquellensparte Eckert & Zieglers sowie der benachbarten Nuclear-Firma GE Healthcare Buchler und der Firma Buchler GmbH mit ihrem umfangreichen Chemikalienbestand auf einen Evakuierungsradius von 350 m mit 100 mSv Strahlenbelastung in sieben Tagen.
- Jeder, aber auch jeder (Gewerbeaufsichtsamt, Landesumweltministerium, Stadt Braunschweig) sagt, dass dieser Standort heutzutage nicht mehr genehmigungsfähig wäre. Ähnliches sagte bereits das Gewerbeaufsichtsamt im Jahr 1970. Aber die Politik hofierte damals Herrn Buchler und genehmigte seine Chemie-Fabrik inmitten eines Wohngebietes.
- Nahezu täglich fahren medizinische Transporte mit der gleichen Strahlung an der Fahrzeugoberfläche wie Castoren mit Kernbrennelementen durch die Wohngebiete zu diesem Standort. Dazu kommen noch die Atommülltransporte, deren Anzahl und Umfang sich erheblich erhöhen würde. Und das mitten im Wohngebiet, neben Schulen, Schülern und Kindern von 3 bis 19 Jahren, sowie neben einem Jugendzentrum.

Laut Eckert & Ziegler werden die genehmigten Grenzwerte am Zaun in Braunschweig nicht nur eingehalten, sondern unterschritten. Ist dann nicht alles in Ordnung?

Das ist leider nicht der Fall. Die radioaktive Belastung am Zaun des Geländes ist um ein Vielfaches höher als an deutschen AKWs. Die Strahlenmessungen der Behörden zeigen eindeutig, dass die Direktstrahlungs-Werte am Zaun nur durch eine 2000-h-Regelung den Grenzwert unterschreiten. Demnach werden von der Strahlung nur 2000 Stunden in einem Jahr berücksichtigt, während an den AKWs und in Gorleben die kompletten 8760 Stunden des Jahres für die Grenzwertbetrachtung herangezogen werden. Laut geltender Richtlinien und den Aussagen der Fachexperten ist die Anwendung der 2000 Stunden Regel in Braunschweig-Thune nicht rechtskonform.

Darf am Zaun des Firmengeländes im Vergleich zu Gorleben das 15-Fache der Strahlung emittiert werden?

Ja, das stimmt. Aufgrund der 2000-h-Regelung dürfen an einigen Messpunkten de facto 4,38 mSv pro Kalenderjahr emittiert werden, wenn – wie bei AKWs und auch in Gorleben – das komplette Jahr herangezogen wird. In Gorleben wurde hingegen aufgrund der Sensibilität des Standortes der allgemeine Grenzwert von 1 mSv auf 0,3 mSv pro Jahr herabgesetzt. Aufgrund der 2000-h-Regelung darf in Braunschweig 14,35-mal so viel Strahlung emittiert werden wie in Gorleben. Damit ist nur die Direktstrahlung gemeint, durch die Abluft, das Abwasser in der Kanalisation und die bislang nicht berücksichtigte Neutronenstrahlung kommt noch eine zusätzliche Umweltbelastung mit ionisierender Strahlung hinzu.

Eckert & Ziegler sagt, dass es nach Aussagen einer Vertreterin des niedersächsischen Landesgesundheitsamtes keine Hinweise auf Auffälligkeiten im Hinblick auf Krebserkrankungen in der Umgebung von Braunschweig-Thune gibt.

Wir haben mehrere Gespräche mit Vertretern des Landesgesundheitsamtes geführt. Richtig ist: Abgesicherte Aussagen lassen sich derzeit nicht treffen. Es liegen keine systematischen Erhebungen bei Kindern und Erwachsenen vor, die sich in der Nähe des Firmenkomplexes oder in der Abluftfahne der Firma aufhalten. Es lässt sich somit keine Aussage darüber treffen, ob es durch die radioaktiven Emissionen zu Krebsfällen gekommen ist oder nicht.

Allerdings sind in Braunschweig Wenden/Thune/Harxbüttel immer wieder Krebsfälle von Menschen jeder Altersklasse an die BISS herangetragen worden.